

1 **Initiativ-Antrag:**

2 **Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik gefordert!**

3

4

5 **Begründung:**

6 In den ersten Monaten des Jahres 2015 sind im Mittelmeer bereits rund 1.800 Menschen auf der
7 Flucht nach Europa ertrunken. Das sind 30 Mal so viele wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres.
8 Allein die verheerenden Bootsunglücke vom 12. und 18. April führten zu jeweils etwa 400 und
9 800 Toten. Damit ist absehbar, dass das laufende Jahr zu einem der tödlichsten für flüchtende
10 Menschen auf dem Weg nach Europa sein wird. Die Einstellung des von Italien organisierten
11 Seenotrettungsprogramms Mare Nostrum hat sich demnach als folgenschwerer Fehler erwiesen.
12 Statt jedoch ein neues ziviles Seenotrettungsprogramm aufzusetzen und mit entsprechenden
13 finanziellen Mitteln auszustatten, wurde auf dem Sondergipfel der EU Staats- und
14 Regierungschef*innen am 23. April lediglich beschlossen, das Budget für die Frontex-Missionen
15 Triton und Poseidon, die vorrangig zur Absicherung der EU-Außengrenzen dienen, zu
16 verdreifachen. Vor allem der rein militärische Ansatz von Frontex ist eher von Sicherheitspolitik
17 und Kriminalitätsbekämpfung und nicht von Menschenrechtspolitik geprägt. Ein weiteres Mal
18 wurde Flüchtlingspolitik mit Abschreckung und Abschottung gleichgesetzt.

19 Auch beim Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt am 8. Mai diskutierten Vertreter*innen von Bund
20 und Ländern neben Fragen zur Verteilung der langfristigen Kosten angesichts steigender
21 Flüchtlingszahlen vor allem über Vorschläge zur schnelleren Abschiebung bei abgelehnten
22 Asylanträgen. Unterdessen plant die Bundesregierung für Mitte Mai die Verabschiedung eines
23 höchst umstrittenen Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der
24 Aufenthaltsbeendigung, welches auf eine massive Verschärfung des Aufenthaltsrechts und eine
25 drastische Ausweitung der Abschiebehaft abzielt.

26

27 **Vielfältige Ursachen von Flucht und Migration**

28 Wie schon 2014 im BUNDjugend Positionspapier „Klima kennt keine Grenzen – Warum
29 Umweltpolitik auch Asylpolitik ist“ festgehalten, sind die Ursachen von Flucht und Migration
30 vielfältig. Neben den nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannten Fluchtursachen wie
31 Krieg oder politische Verfolgung, treiben vielfach auch verschlechterte ökologische und soziale
32 Lebensbedingungen Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen.

33 Die Politik des Globalen Nordens (insbesondere auch Deutschlands) sowie unser
34 konsumorientierter, ressourcenaufwendiger Lebensstil sind für diese Ursachen
35 mitverantwortlich. Dazu können hier nur beispielhaft genannt werden: Die Folgen des
36 Klimawandels beeinträchtigen wirtschaftliche und ökologische Lebensgrundlagen, ungerechte
37 Wirtschafts- und Handelsbeziehungen erschweren eine gleichberechtigte wirtschaftliche
38 Teilhabe, EU-Agrarexportsubventionen zerstören lokale Märkte, Nahrungsmittelspekulation
39 fördert Hunger, die EU-Fischereipolitik entzieht lokalen Fischern ihre Einkommensquelle, der
40 massive Abbau von Rohstoffen für den europäischen Markt unter meist menschenunwürdigen

41 Bedingungen greift wirtschaftliche Kreisläufe und die Umwelt an und die Praxis des Landraubs
42 durch europäische Firmen vertreibt Menschen aus ihrer Heimat. Gerade die aktuellen
43 Bestrebungen zu den transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP und CETA sowie die immer
44 noch starke Nutzung fossiler Energieträger lassen befürchten, dass die Lebensgrundlagen von
45 Menschen im Globalen Süden immer stärker angegriffen werden und ihnen oft kein anderer
46 Ausweg als die Flucht oder die Migration bleibt. Deshalb ist Umweltpolitik auch immer
47 Asylpolitik und umgekehrt. Die zahlreichen aktuellen Krisen- und Kriegsherde der Welt kommen
48 hier noch erschwerend und verstärkend hinzu.

49

50 **Abschreckende Asylpolitik von Deutschland und Europa**

51 Die Ereignisse der letzten Tage und Wochen haben deutlich gezeigt, dass die Asylpolitik der EU
52 und der Bundesregierung vorrangig auf Abschottung, Abschreckung und Kriminalisierung
53 basiert. Flüchtende Menschen haben so gut wie keine legalen Einreisemöglichkeiten, weshalb
54 viele den lebensgefährlichen Weg über das Mittelmeer wählen müssen. Die „Festung Europa“
55 zeigt sich auch darin, dass die EU-Außengrenzen immer stärker durch Frontex-Missionen
56 abgesichert und Flüchtlinge abgewehrt werden, es aber keine zivilen EU-
57 Seenotrettungsoperationen gibt, die die Flüchtenden ausreichend schützt und ihre
58 Menschenrechte wahrt. Die neuesten Vorschläge zur Einrichtung von Flüchtlingszentren in
59 Nordafrika zielen zudem darauf ab, flüchtende Menschen schon abzufangen, bevor sie
60 überhaupt das Mittelmeer bzw. das Territorium der EU erreichen können. So soll „ein weiterer
61 Festungswall um Europa“ gezogen werden. Darüber hinaus sorgt die restriktive EU-Verordnung
62 Dublin III dafür, dass die Bedürfnisse der Geflüchteten nicht wahrgenommen werden und diese
63 ohne Vorankündigung in die Staaten zurückgeschickt werden, in denen sie zuerst die EU
64 betreten haben.

65 Bevor Geflüchtete in Deutschland ein endgültiges und sicheres Bleiberecht erhalten, sind sie
66 teilweise jahrelang in Massenunterkünften unter meist unmenschlichen Bedingungen
67 untergebracht. Sie dürfen keiner Arbeit nachgehen und dürfen auch das ihnen zugeteilte
68 Bundesland nur in Ausnahmefällen verlassen. Dies erschwert ihnen eine vollständige soziale
69 Integration sowie die Schaffung eines unabhängigen und selbstbestimmten Lebens.

70

71 **Fremdenfeindliche Stimmung in Deutschland**

72 Gleichzeitig ist in Deutschland ein verstärktes Klima der Fremdenfeindlichkeit zu beobachten.
73 Das Aufkommen der Pegida-Demonstrationen mit mitunter mehreren tausenden
74 Teilnehmenden, das Aufstreben der rechtskonservativen Partei AfD, der Widerstand in der
75 lokalen Bevölkerung gegen Flüchtlingseinrichtungen sowie die vermehrten gewalttätigen
76 Übergriffe auf Geflüchtete, Anschläge auf ihre Unterbringungen und Drohungen gegenüber
77 ihren politischen Unterstützer*innen sind für die BUNDjugend alarmierende Zeichen einer
78 erhöhten Kultur der Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit. Darüber hinaus ist zu beobachten,
79 dass den Geflüchteten in Deutschland sehr wenige Möglichkeiten für eine soziale Integration
80 sowie für die politische Teilhabe gegeben werden und sie oftmals räumlich wie sozial isoliert
81 leben, ohne ihre Anliegen in die Gesellschaft einbringen zu können.

82 **Beschluss:**

83 **Politische Forderungen**

84 Die BUNDjugend fordert, dass auch der Entzug der Lebensgrundlagen durch sich
85 verschlechternde ökologische oder soziale Umstände als unbestreitbarer Grund für Flucht und
86 Migration anerkannt wird. Deutschland und die anderen EU-Mitgliedstaaten müssen ihre
87 Mitverantwortung für diese Fluchtursachen anerkennen. Dazu müssen sie dringend einen
88 umfassenden Politikwechsel einleiten, der die Zerstörung von ökologischen und sozialen
89 Lebensgrundlagen in den Herkunftsländern der Flüchtenden verhindert. Des Weiteren müssen
90 für flüchtende Menschen legale und sichere Einreisemöglichkeiten nach Europa geschaffen
91 werden. Auf dem Mittelmeer muss eine zivile europäische Seenotrettungsoperation eingerichtet
92 werden.

93 Das Asylrecht in Deutschland darf nicht weiter verschärft werden. Vielmehr fordert die
94 BUNDjugend - analog zur Position des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) -, dass die
95 Situation von Geflüchteten in Deutschland verbessert wird. Dies ist besonders für junge
96 Geflüchtete, Minderjährige und unbegleitete Minderjährige zentral. So müssen die
97 Unterbringungsmöglichkeiten verbessert werden und die Aufenthaltstitel möglichst schnell
98 gesichert sein. Außerdem sollen die Bildungschancen für Geflüchtete erhöht, ihre (politische)
99 Selbstorganisation verbessert und die Residenzpflicht abgeschafft werden. Nicht zuletzt soll
100 (jungen) Geflüchteten eine größere Möglichkeit der sozialen Integration und demokratischen
101 Teilhabe gegeben werden.

102

103 **Beitrag der BUNDjugend**

104 Als zivilgesellschaftlicher Jugendumweltverband sehen wir unsere Rolle auch darin, eine klare
105 Position gegen Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung und für eine Politik der Offenheit und
106 des Dialogs zu beziehen. Deshalb möchte die BUNDjugend einen Beitrag leisten, um der
107 abschreckenden Asyl- und Flüchtlingspolitik sowie den fremdenfeindlichen Tendenzen in der
108 Gesellschaft etwas entgegenzusetzen. Wir solidarisieren uns mit allen Migrant*innen und
109 Geflüchteten und unterstützen sie in ihren Bedürfnissen, Kämpfen und Anliegen.

110 Darüber hinaus möchte die BUNDjugend über die Jugendbildungsarbeit stärker über die
111 Ursachen von Flucht und Migration aufklären und hierbei insbesondere deren Verbindung zu
112 Umweltschutz, Globalisierung und Klimawandel aufzeigen. Dabei soll deutlich werden, warum
113 Umwelt- und Asylpolitik in einem wechselseitigen Verhältnis stehen und warum die aktuelle
114 Debatte um Geflüchtete mit dem umweltpolitischen Engagement der BUNDjugend verknüpft ist.
115 Ferner soll der Dialog innerhalb des Verbandes über mögliche Solidarisierungs- und
116 Willkommensaktionen für Geflüchtete vorangebracht werden. Es soll die Frage diskutiert
117 werden, wie wir als Jugendumweltverband Angebote schaffen können, die die Problematik von
118 Flucht und Migration aufgreifen und gleichzeitig Geflüchtete in Aktionen, Veranstaltungen und
119 Seminaren miteinbezieht. Dazu kann eine Arbeitsgruppe von Ehren- und Hauptamtlichen von
120 Bundes- und Landesebene eingerichtet werden, die vom Bundesvorstand begleitet wird.

121